



Presseschau vom 05.02.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

Nikolaj Jolkin: Coronavirus-Hysterie kann weder Russland noch Europa erschüttern – Experten-Meinungen

Obwohl der Finanzmarkt bei dem am 3. Februar nach dem Neujahrsfest in China wiederaufgenommenen Börsenhandel auf erlaubte Tiefstwerte abgestürzt ist, sehen Analytiker keinerlei Gefahren, weder für den unmittelbaren Nachbarn Russland noch für Europa. Die „Hysterie“ um das Coronavirus kann laut ihnen die Weltwirtschaft kaum erheblich beeinflussen. ...

<https://sptnkne.ws/BqCY>

abends/nachts:

dnronline.su: Ende 2019 gab es in der Republik Probleme mit der rechtzeitigen Zahlung von Löhnen, besonders im Kohle- und Metallbereich. Es gab auch Anfang 2020 Probleme. Woran liegt das und wird sich diese Situation in Zukunft wiederholen, dazu äußerte sich das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin in einem Interview.

„Was die Verzögerungen bei den Lohnzahlungen betrifft, so werden werden wir im Rahmen unserer Kräfte dagegen vorgehen. Hauptursache ist – und hier eröffne ich kein Geheimnis – unsere fehlende Anerkennung und die Wirtschaftsblockade, der nicht beendete Krieg. Deshalb muss jedes Unternehmen dafür kämpfen, seine Kapazitäten zu steigern, um rentabel zu werden und die Löhne vollständig ohne Verzögerungen auszuzahlen. Um davon zu reden, die Löhne zu erhöhen, müssen Produkte umgesetzt werden.“

Das ist ein ständiger Kampf, und hier gelingt nicht immer alles. Besonders wenn es äußere Faktoren gibt. Wie zum Beispiel die Situation mit dem Metallbereich. Und das ist für uns ein sehr wichtiger Teil von Unternehmen. Ich erinnere daran: Im letzten Jahr gab es im Metallbereich eine bestimmte Krise, als die Preise für Metall an der Börse sanken. Das ist etwas, worauf wir gar keinen Einfluss haben.

Was Verzögerungen bei den Rentenzahlungen betrifft, so ist das eine technische Komponente, und ich hoffe sehr, dass sich das im Februar nicht wiederholt. Wir sind auf die folgende Entwicklungsstufe übergegangen, haben etwas am Kassenwesen geändert. Das heißt, es haben sich prozedural viele Momente verändert. Das ist eine zeitweilige Schwierigkeit. Wir bemühen uns, möglichst schnell damit zurecht zu kommen. Und ich wiederhole ein weiteres mal: Ich rechne sehr damit, dass alle Spezialisten daran arbeiten und sich so etwas im Februar nicht wiederholt“, sagte das Staatsoberhaupt.

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 4. Februar 2020 wurde ein Feuerangriff von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt. Beschossen wurde **Golubowskoje**.

Geschossen wurde mit 120mm-Mörsern. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute Morgen die **Siedlung des Bergwerks 6/7 in Gorlowka** mit Mörsern beschossen. Es wurde aus zwei Richtungen geschossen – aus Richtung Majorsk und aus Richtung Schumy. Der Gegner hat 12 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 3 des Kalibers 82mm abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurde eine Stromleitung beschädigt, die Ortschaft hat keinen Strom. Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung, genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Kämpfer beschießen Vororte von Aleppo
Kämpfer haben laut einem Sputnik-Reporter Randgebiete der syrischen Stadt Aleppo beschossen.

Demnach setzten die Kämpfer dabei selbstgemachte Bomben ein.

Einer der improvisierten Mörser traf das Haus einer Lehrerin, als sie für ihre zu Besuch gekommenen Freundinnen Kaffee machte.

„Es gab einen blendenden Blitz. Ich konnte eine Weile nichts sehen. Die Freundinnen schrien, die Kinder flohen in ein hinteres Zimmer. (...) Ich kann bis jetzt nicht gut hören“, so die Frau. Sie und ihre Freundinnen wurden demnach verletzt, zwei von ihnen wurden in ein Krankenhaus eingeliefert.

Lage im Nordwesten Syriens

Im Mai 2017 hatten sich Vertreter Russlands, des Irans und der Türkei in der kasachischen Hauptstadt Nur-Sultan (damals Astana) auf die Schaffung von vier Deeskalationszonen in Syrien verständigt. Drei davon werden seit 2018 von Damaskus kontrolliert. Der Großteil der vierten Zone um Idlib und in Teilen der Nachbarprovinzen Latakia, Hama und Aleppo wird von der Terrormiliz Dschebhath an-Nusra (auch ‚Hai‘at Tahrir asch-Scham‘) dominiert.

Im September 2018 vereinbarten Russland und die Türkei eine entmilitarisierte Zone in Idlib, wo derzeit mehr als Dutzend diverse Formationen stationiert sind.

Am 26. Januar 2020 startete die syrische Armee eine Offensive im Westen von Aleppo aufgrund täglicher Terror-Beschießungen von Wohnvierteln der Stadt, bei denen Dutzende Zivilisten ums Leben kamen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32269/43/322694360.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 4. Februar 3:00 Uhr bis 5. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 18. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Spartak, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Staromichajlowka, Alexandrowka, Dokutschajewsk, Leninskoje, SachAnka.**

Wie schon mitgeteilt wurde, wurden gestern durch Beschuss von Seiten der BFU auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks im Petrowskij-Bezirk von Donezk folgende Wohnhäuser beschädigt:

- Seljonyj-Gaj-Straße 36 (Fensterverglasung);
- Seljonyj-Gaj-Straße 40 (Fensterverglasung, Türen);
- Seljonyj-Gaj-Straße 97 (Dach);
- Seljonyj-Gaj-Straße 103 (Fensterverglasung, Türen).

Außerdem gab es einen direkten Treffer auf ein Haus in der Schestakow-Straße 149.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 106.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 29.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: USA, Frankreich und Großbritannien ersuchen um UN-Sicherheitsratssitzung zu Syrien – Quelle

Washington, Paris und London haben laut einer Quelle um eine Erörterung der Situation im Nordwesten Syriens im UN-Sicherheitsrat ersucht.

Die Quelle aus dem UN-Sicherheitsrat teilte gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti mit:

„Die USA, Frankreich und Großbritannien haben ein Briefing des UN-Sicherheitsrates zur Situation im Nordwesten Syriens unter Teilnahme des UN-Sondergesandten für Syrien, Geir Pedersen, und Vertretern des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten angefragt.“

Laut vorläufigen Angaben könnte die Sitzung bereits am Donnerstag stattfinden.

Zuvor hatte UN-Generalsekretär Antonio Guterres dazu aufgerufen, unverzüglich die Kampfhandlungen im Nordwesten Syriens einzustellen.

Am 13. September letzten Jahres war mitgeteilt worden, dass UN-Generalsekretär Antonio Guterres die interne UN-Kommission zur Ermittlung einer Serie von Vorfällen eingerichtet hatte, die sich im Nordwesten Syriens nach der Unterzeichnung des Memorandums zur Stabilisierung der Situation in der Idliber Deeskalationszone zwischen Russland und der Türkei am 17. September 2018 ereignet hatten.

Eine Anfrage zur Durchführung einer solchen Ermittlung sendeten Medienberichten zufolge zehn Mitgliedsländer des Sicherheitsrates (Großbritannien, Frankreich, USA, Deutschland, Belgien, Peru, Polen, Kuwait, Dominikanische Republik und Indonesien). Am 1. August war eine Mitteilung des UN-Pressedienstes publik gemacht worden, wonach ein Beschluss über die Schaffung einer entsprechenden Kommission gefasst worden sei.

Damals hatte Russlands Verteidigungsministerium diese Entscheidung als provokativ bezeichnet. Das Ministerium stellte in Frage, ob der Generalsekretär die Befugnisse zu solchen Entscheidungen ohne Genehmigung des gesamten Sicherheitsrates habe. Zugleich hatte der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja betont, dass Moskau der Uno alle notwendigen Informationen über die Vorfälle in Idlib vorlegen werde.

Die Kommission soll dem UN-Generalsekretär den Bericht bis zum 13. März vorlegen.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde heute Morgen infolge eines Mörserbeschusses der BFU die Stromversorgung der Siedlung des Bergwerks 6/7 in Gorlowka vollständig unterbrochen.

Nach genaueren Informationen wurde während des Beschusses auch eine Wasserleitung in der Timirjasew-Straße unterbrochen.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.

de.sputniknews.com: **Bundeskabinett beschließt Verlängerung von Bundeswehr-Einsätzen in Sudan und Südsudan**

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch einer Verlängerung von zwei Bundeswehr-Einsätzen in Afrika zugestimmt.

Am Mittwoch stimmte die Ministerrunde für eine Fortsetzung der Beteiligung Deutschlands an den UN-Friedensmissionen im Südsudan (UNMISS) und im Sudan (UNAMID) über den 31. März hinaus. Eine Entscheidung des Bundestages über die Mandatsverlängerungen wird am 12. März erwartet.

Mit der Verlängerung wolle Berlin „ein wichtiges Zeichen der Unterstützung an die Vereinten Nationen“ senden, heißt es in einem Brief von Bundesaußenminister Heiko Maas und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen, der AFP vorlag.

Mit bis zu 70 Soldaten soll die Bundeswehr laut dem Kabinettsbeschluss weiterhin die UN-Friedensmissionen unterstützen, meldet die Nachrichtenagentur. Bislang lag die Obergrenze bei insgesamt 100 Bundeswehrsoldaten.

Deutsche Missionen in Afrika

Laut Angaben der offiziellen Webseite des Verteidigungsministeriums bestehen die Aufgaben der Mission UNMISS darin, die Zivilbevölkerung zu schützen, die Beobachtung der Menschenrechtssituation sowie die Sicherung des Zugangs zu humanitärer Hilfe zu beobachten.

„Das Mandat zum Einsatz deutscher Soldaten hat der Deutsche Bundestag zuletzt am 21. März 2019 verlängert. Es ist bis zum 31. März 2020 gültig. Die Personalobergrenze liegt bei 50 deutschen Soldaten“, heißt es unter anderem.

Nun will die Bundesregierung die Obergrenze für die deutsche Beteiligung nach dem 31. März von 50 auf 20 deutsche Soldaten senken.

Einsatzort der Mission UNMISS ist Südsudan, die Mission UNAMID ist in der sudanesischen Krisenregion Darfur aktiv. Derzeit sind laut AFP nur 17 Bundeswehrsoldaten vor Ort im Einsatz – drei in Darfur und 14 im Südsudan.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32642/35/326423517.jpg>

Ombudsmandnr.ru: Darja Morosowa zu den Absichten der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der Ukraine in die DVR zu kommen: Das ist eine weitere PR-Aktion von Frau Denissowa

Die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR teilte mit, dass die ukrainische Bevollmächtigte sich zwei Jahre lang kein einziges Mal offiziell an die Behörden der Republik gewandt hat.

Als der neue Vorsitzende der OSZE Edi Rama im Januar in den Donbass kam, begleitete ihn die Bevollmächtigte der Obersten Rada der Ukraine für Menschenrechte Ljudmila Denissowa. Danach schrieb sie auf ihrer Seite in Facebook, dass sie Rama gebeten habe, sie für Beobachterbesuche von OSZE-Beobachtern in Donezk und Lugansk heranzuziehen. Angeblich hat die Bevollmächtigte der Ukraine keine andere Möglichkeit in die Republiken des Donbass zu kommen. Und dort leben angeblich Bürger der „unabhängigen Ukraine“, die aufgrund nationaler und ethnischer Merkmale verfolgt werden.

Was interessant ist, vor zwei Jahren, als Frau Denissowa Bevollmächtigte wurde, äußerte sie auch ihre Absicht in die DVR und LVR zu fahren. Da gibt es also ein Déjà-Vu-Erlebnis.

Die „Komsomolskaja Prawda“ wandte sich an die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa mit der Bitte die Absichten Denissowas zu kommentieren.

- Meine persönliche Meinung ist, dass dies von Seiten von Frau Denissowa eine weitere PR-Aktion ist. Sie hat niemandem außer dem OSZE-Vorsitzenden solche Fragen gestellt. In den letzten zwei Jahren hat sie sich kein einziges Mal offiziell an die DVR mit der Absicht gewandt, in die Republik zu kommen. Um insbesondere alte Menschen, Frauen, Kinder zu verteidigen, die unter dem Beschuss der ukrainischen Truppen leiden. In der DVR wurde in den Jahren des Krieges die Arbeit der Bevollmächtigten zum Schutz der Menschenrechte organisiert. Vor kurzem haben die Abgeordneten des Volkssowjets der DVR meine Amtszeit für weitere fünf Jahre verlängert.

Darja Wasiljewna merkte an, dass sie als Bevollmächtigte die gesamte notwendige Arbeit zur Einhaltung der Menschenrechte in der Republik erfüllt, Verstöße aufdeckt und Rechte der Einwohner wiederherstellt.

- Bis März 2018 war Walerija Lutkowskaja Bevollmächtigte für Menschenrechte in der Ukraine. In einer Reihe von Fragen konnten wir ein Einvernehmen herstellen. Wir haben, ohne die politischen Aspekte des Konflikts zu berühren, rein humanitäre Fragen behandelt. Probleme des sozialen Schutzes von Einwohnern des Donbass. Von Rentnern etwa. Und wir haben Lösungen für die Wiederherstellung der Rechte von Menschen auf beiden Seiten der Abgrenzungslinie gefunden. Aber Frau Denissowa weicht kategorisch gegenseitigen Kontakten aus. Ich will unterstreichen, dass die Bevollmächtigte für Menschenrechte eine politisch neutrale Funktion hat. Es ist unwichtig, auf welchem Territorium sie arbeitet. Die DVR hat ihre Bevollmächtigte und die Anwesenheit von Frau Denissowa in der Republik ist nicht notwendig.

- *Aber wenn die ukrainische Bevollmächtigte sich dennoch offiziell mit ihren Plänen in die DVR zu reisen an die DVR wendet...*

- Ich denke, dass diese Frage bei einem Treffen der beiden Bevollmächtigten erörtert werden kann. Um gemeinsame Arbeit zur Einhaltung der Rechte der Einwohner des Donbass auf beiden Seiten der Abgrenzungslinie zu besprechen. Niemand und nichts hindert uns, Meinungen auszutauschen, zusätzliche Informationen. Aber noch einmal weise ich darauf hin, von Seiten der Bevollmächtigten der Ukraine wurden solche Versuche nicht unternommen.

- *Sie haben an Lutkowskaja erinnert. Nachdem sie den Posten der Bevollmächtigten verließ, leitete sie die ukrainische Delegation in der humanitären Untergruppe bei den Verhandlungen in Minsk. Sie saß Ihnen gegenüber. Aber in der letzten Woche verließ sie unerwartet diese Funktion. Was ist über die Ursachen dafür bekannt? In der Ukraine herrscht dazu Schweigen.*

- Für uns war diese Nachricht auch unerwartet. Sie wurde vom Koordinator der OSZE Toni Frisch mitgeteilt. Einzelheiten sind uns unbekannt. In Minsk wurde gesagt, dass zeitweise Gennadij Kuszezow diese Funktion wahrnehmen wird. Er hat auch zuvor an den Verhandlungen teilgenommen. Ein neuer Vertreter wird später benannt.

- *Zurzeit gehen durch die ukrainischen Medien die Informationen, das Vertreter des Roten Kreuzes in der DVR nicht zu den festgehaltenen Personen gelassen werden.*

- Lassen Sie uns den letzten Austausch betrachten, der Ende Dezember 2019 stattfand. Ich denke, dass damals als recht offen war. Vertreter der Presse, des Roten Kreuzes unterhielten sich mit den Beteiligten des bevorstehenden Austausches. Individuell, gemäß den internationalen Normen. Wir haben unsere Offenheit bewiesen. Übrigens erledigen wir die Übergabe von Briefen und Päckchen an die Gefangenen über Vertreter des IKRK.

- *Die ukrainischen Medien explodierten buchstäblich nach Ihrer Erklärung, dass die DVR keinen Gefangenen austausch durchführen wird. Dies geschah nach dem Vorschlag der Ukraine zu einem neuen Austausch. Woran lag das?*

- Wir haben in Minsk vereinbart, und der Vertreter der Ukraine Leonid Kutschma hat das unterstützt, dass der Dezembereustausch erst dann abgeschlossen sein wird, wenn all diese Menschen eine prozessuale Freistellung erhalten haben. Das heißt, sie werden im Weiteren auf dem Territorium der Ukraine und anderer Staaten nicht wegen der Vergehen verfolgt, die ihnen zugerechnet wurden. Gleichzeitig hindert uns nichts daran, bezüglich der anderen festgehaltenen und verurteilten Personen Arbeit für einen neuen Austausch zu leisten. Aber der nächste Austausch soll erst dann stattfinden, wenn die Menschen, die im Dezember austauscht wurden, prozessual freigestellt sind. ...

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Auch EU-Bürger bitten uns um Evakuierung aus Wuhan – Russlands Botschafter in China zu Coronavirus**

Zwei Flugzeuge der Luft- und Weltraumkräfte Russlands mit aus Wuhan evakuierten Menschen sind am heutigen Mittwoch in der Ural-Stadt Tjumen gelandet. Am Vorabend

erzählte der russische Botschafter in China, Andrej Denissow, wie die Flüge organisiert werden.

„Ziemlich viele EU-Bürger wenden sich an uns, weil sie entweder vergessen oder nicht berücksichtigt worden sind“, sagte Denissow gegenüber den Journalisten mit Blick auf die russischen Evakuierungsflüge aus Wuhan und der Provinz Hubei. Zuvor berichtete Sputnik über die einzelnen Flüge der Bundeswehr mit 120 Deutschen und anderen Bürgern bzw. des Bundesheeres mit sieben österreichischen Bürgern an Bord. Auf dem deutschen Flug war das Virus bei zwei Passagieren festgestellt worden.

Jedoch haben sich die Europäer laut dem Botschafter anders entschlossen, weil sie danach keine zweiwöchige Quarantäne durchlaufen wollten. „Sollten sie sich es erneut anders überlegen, werden wir sie nächstes Mal mitnehmen“, sagte Denissow dazu. Auch widerlegte er die falsche Berichterstattung, es würden russische Bürger aus ganz China evakuiert. Es handele sich nur um die Stadt Wuhan bzw. um die Provinz Hubei, so der Botschafter. Er fügte hinzu, dass man aus diesen Regionen nicht nur Russen, sondern auch Bürger von GUS-Ländern wie Weißrussland, Kasachstan, Armenien evakuieren werde.

Nur zwei chinesische Bürger gelten in Russland als infiziert

Insgesamt sind mit den beiden Flügen bereits 144 Menschen nach Russland ausgeflogen worden, darunter 14 Personen von anderen Ländern. Die Anordnung kam vom russischen Präsidenten Wladimir Putin. Dem russischen Verteidigungsministerium zufolge sind darunter keine Infizierten entdeckt worden. Die Ankömmlinge werden in einem Rehabilitationszentrum in der Region Tjumen, wenige Kilometer von anderen Wohngebäuden entfernt, untergebracht.

In der Nacht zum Mittwoch sind von der Weltgesundheitsorganisation weltweit bereits über 20.600 durch das Coronavirus infizierte Menschen registriert worden, darunter 20.471 Menschen in China. Es sollen insgesamt 491 Menschen weltweit und 479 Chinesen daran gestorben sein. In Deutschland sind bereits zwölf infizierte Menschen entdeckt worden, in Russland sind es zurzeit nur zwei chinesische Bürger.

Am 31. Januar war übrigens die Entscheidung der russischen Regierung bekannt gegeben worden, alle Linienflüge russischer Fluggesellschaften nach China mit Ausnahme von Aeroflot-Flügen nach Peking, Shanghai, Guangzhou und Hongkong einzustellen. Alle Flüge aus China führen nun zu einem separaten Terminal am Flughafen Moskau-Scheremetjewo. Darüber hinaus hatte Russland am 3. Februar die Eisenbahnkommunikation mit China vollständig eingestellt. In Deutschland setzte Lufthansa die Flüge nach China wegen des Coronavirus von und nach Peking und Shanghai bis zum 28. Februar aus. Die Städte Nanjing, Shenyang und Qingdao werden bis zum Ende des Winterflugplans am 28. März nicht angefliegen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32642/43/326424300.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden heute Morgen infolge von Mörserbeschuss der BFU auf die Siedlung des Bergwerks 6/7 eine Wasserversorgung und Objekte der Stromversorgung (Transformatorunterstationen und Stromleitungen) beschädigt.

Außerdem wurde das Gebäude einer ehemaligen Schule in der Timirjasew-Straße 26 beschädigt, das derzeit als Notunterkunft genutzt wird.

Dank der koordinierten Handlungen der Führung der Reparaturbrigade der Elektrizitätswerke und der Vertreter der DVR im GZKK wurden die Arbeiten zur Wiederherstellung der Stromversorgung der Ortschaft in kürzester Zeit abgeschlossen.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.

de.sputniknews.com: **US-Stützpunkte in Deutschland werden für fast eine halbe Milliarde ausgebaut**

Armin Siebert

Die US-Flugplätze Spangdahlem und Ramstein – schon jetzt der größte Militärstützpunkt außerhalb der USA – sollen weiter ausgebaut werden. Der Trend der Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs scheint endgültig umgekehrt. Die USA rüsten wieder auf in Europa. Auch Spezialeinheiten werden nun in die Eifel verlegt.

Die US-Airforce baut ihre Flugplätze in Spangdahlem und Ramstein für insgesamt 425 Millionen US-Dollar aus. Das berichtet die führenden US-amerikanische Militärzeitung „Stars & Stripes“.

Mitte Januar wurden entsprechende Verträge mit sechs US-amerikanischen und deutschen Baufirmen unterschrieben. Bereits in den vergangenen fünf Jahren seien 150 Millionen Dollar in die Stützpunkte investiert worden, sagte Elizabeth Preston, die in Kaiserslautern für Vertragsangelegenheiten der US-Armee verantwortlich ist. Die Summe für den neuen Fünfjahres-Vertrag sei nun noch einmal fast dreimal höher, so Preston.

US-Spezialeinheit wird aus England verlegt

Grund für den Ausbau der Militärbasen sei auch die Verlegung von US-Spezialeinheiten aus Großbritannien nach Deutschland. Neben rund 2500 US-Militär- und Zivilangehörigen, die bis 2028 in die Eifel umziehen sollen, gehören zu den Einheiten auch 20 Boeing- und Lockheed-Militärflugzeuge. Dafür müssten beispielsweise auch die Landebahnen für neue Betankungslaster umgerüstet werden.

In Spangdahlem sind im Moment 4000 Militärangehörige und rund 1000 Zivilbeschäftigte stationiert. In Ramstein sollen rund 8000 US-Militärangehörige im Einsatz sein, was die Airbase zur personell größten Einrichtung der US-Airforce außerhalb der Vereinigten Staaten macht. In der gesamten Region Kaiserslautern leben rund 52.000 US-Amerikaner.

Die Kostenbeteiligung der Bundesrepublik für Baumaßnahmen der Nato-Streitkräfte, vor allem des US-Militärs, belief sich zwischen 2012 und 2018 auf insgesamt 404,2 Millionen Euro. Die Bundesregierung rechnet für 2019 mit 75,7 Millionen Euro.

Deutschland dient verstärkt als Logistik-Drehscheibe für Militärmanöver. Aktuell werden für die Übung "Defender Europe 2020" über Deutschland 20.000 Soldaten aus den USA Richtung russischer Grenze verlegt.

In der Nähe von US-Militärbasen in Deutschland gab es in der Vergangenheit immer wieder Beschwerden von Anwohnern über Lärm- und Umweltbelastung. Mit dem Ausbau der Anlagen dürfte sich die Anzahl der Starts und Landungen auf den beiden Flugplätzen deutlich vergrößern.

Die Friedensbewegung mobilisiert jedes Jahr Tausende Protestler zu der Kundgebung „Stopp Airbase Ramstein“.

Lafontaine will Ramstein schließen

In Bezug auf die Berichte, dass die USA mehrere hundert Millionen in ihre Luftwaffen-Stützpunkte Ramstein und Spangdahlem investieren wollen, fordert Oskar Lafontaine von den

Linken eine Schließung der Anlagen:

„Die USA steuern von der Airbase Ramstein aus ihren völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg und nutzen sie auch als wichtiges Drehkreuz für ihre Öl- und Gaskriege im Vorderen Orient. Von der Airbase Spangdahlem starten die US-Kampffjets ihre Übungsflüge, die auch für viele Saarländerinnen und Saarländer eine erhebliche Lärmbelästigung bedeuten. Von deutschem Boden sollte nie wieder Krieg ausgehen, schon gar kein völkerrechtswidriger.“

Die Schließung der US-Militärstützpunkte ist auch im Interesse der Sicherheit der Menschen in Deutschland, weil die ‚gegnerischen Raketen‘ auf diese Militärstützpunkte programmiert sind. Nicht zuletzt der ‚versehentliche‘ Abschuss einer ukrainischen Maschine über Teheran hat wieder bewiesen, dass durch menschliches und technisches Versagen ‚versehentlich‘ Raketen gestartet werden. Europa muss die Einrichtungen, von denen aus die USA ihre permanenten Kriege führen, von seinem Boden verbannen und eine eigenständige, dem Frieden dienende Außenpolitik machen.“



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32642/52/326425299.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 05.02.2020

Nach Angaben, die von den Beobachtern des GZKK der DVR erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden 18-mal Ortschaften der Republik beschossen.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer Schapowalows aus der 59. Brigade und Kaschtschenkos aus der 58. Brigade **Dolomitnoje** und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit 82mm-Mörsern, Antipanzer- und automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Verbrecher der 28. und 56. Brigade unter Kommando von Martschenko und Iwanow **Spartak, Staromichajlowka, Alexandrowka, Dokutschajewsk**, die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** und das **Gelände des Donezker Flughafens** mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Infolge des Beschusses der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks wurden fünf Häuser beschädigt: Seljnyj-Gaj-Straße 36, 40, 97, 103 und Schestakow-Straße 149.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 10. Brigade auf Befehl des Verbrechers Subanitsch **Leninskoje** und **Sachanka** mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 58. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kaschtschenko zielgerichtet das Feuer auf die **Siedlung des Bergwerks 6/7 in Gorlowka** eröffnet. Infolge des Beschusses wurden eine Wasser- und eine Stromleitung in der Timirjasew-Straße beschädigt, die Stromversorgung der Siedlung ist vollständig

unterbrochen. Außerdem wurde das Gebäude einer ehemaligen Schule in der Timirjasew-Straße 26 beschädigt. Die Störungsbrigaden der kommunalen Dienste der DVR haben mit der Reparatur der Stromversorgung der Siedlung begonnen.

Zusätzliche Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Die Materialien über den Beschuss von Ortschaften wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren, die gegen die Brigadekommandeure der BFU Martschenko, Subanitsch, Iwanow und Kaschtschenko eingeleitet wurden, hinzuzufügen. Wir erhalten weiter **Informationen über die Behinderung der Arbeit der OSZE-Mission** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine, um schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie zu verheimlichen.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Beobachter zwei Angriffe mit Schusswaffen auf Drohnen der OSZE von den Positionen des 3. Bataillons der 92. Brigade im Gebiet von Jurjewka und durch Kämpfer des 21. Bataillons der 56. Brigade im Gebiet von Peski festgestellt.

Die Behinderung der Arbeit der OSZE-Mission führt zum Verlust an teurer Technik der BFU. Nach Informationen, die wir von einer Quelle in der 58. Brigade erhalten haben, haben ukrainische Kämpfer heute Morgen im Gebiet von Schirokaja Balka bei der Jagd nach den vom Brigadekommandeur Kaschtschenko versprochenen Geldprämien **aus Versehen eine Drohne „Furija“ einer Brigadeartilleriegruppe vernichtet, die die Strafsoldaten für eine OSZE-Drohne gehalten hatten.** Um diesen Fall zu verheimlichen, haben die Kämpfer die Trümmer der Drohne in der Nähe der Positionen vergraben. Derzeit wird in dem genannten Gebiet von der Artillerieaufklärung einer Brigadeartilleriegruppe nach der vernichteten Drohne gesucht.

Wir erhalten weiter **Informationen über nicht kampfbedingte Verluste der bewaffneten Formationen der Ukraine.** In den letzten 24 Stunden starb ein Soldat, drei wurden verletzt. Auf den Positionen der 58. Brigade im Gebiet von Luganskoje ereignete sich beim Bau von selbstgemachten Sprengeinrichtungen zum Abwurf von Drohnen auf Basis von Granaten für automatische Granatwerfer eine Detonation eines der Geschosse. Infolge der Detonation starb der Unteroffizier Lutschianow, weitere drei Kämpfer – der Oberfeldwebel Rjabkokon, der Soldat Djatschenko und der Soldat Ilnizkij erlitten Splitterverletzungen. Um sich der Verantwortung zu entziehen, befahl der Brigadekommandeur Kaschtschenko, die Verletzten zu verheimlichen und den Toten als durch Beschuss getötet darzustellen. Zur Inszenierung von beschussfolgen kam eine Gruppe von Stabsoffizieren der Brigade unter Führung des Leiters des technischen Dienstes.

Um die Republik fälschlich der Verletzung des Regimes der Feueinstellung während des Besuchs des stellvertretenden Leiter des OSZE-Mission M. Etherington im Verantwortungsbereich der 58. Brigade zu beschuldigen, arbeiteten im Verantwortungsbereich der 58. Brigade **Filmteams von drei Fernsehsendern** - „5. Kanal“, „Quest France“, „Ukraina“ - unter unmittelbarer Kontrolle von Offizieren des Pressedienstes des Stabs der OOS.

Der Kommandeur der 58. Brigade Kaschtschenko erhielt Anweisungen, die Vertreter der Medien vollständig zu unterstützen, bis hin zur Eröffnung von provokativem Feuer auf das Territorium der Republik, wenn diese das verlangen.

Die Journalisten haben Ausrüstung dabei, mit der qualitativ hochwertige Nachtaufnahmen gemacht werden können.

Wir schließen eine Verschärfung der Lage an der Kontaktlinie und eine Zunahme der Intensität des Beschusses von Seiten der BFU auf das Territorium der Republik nicht aus.

de.sputniknews.com: **Chinas Staatschef spricht von positiven Ergebnissen bei Bekämpfung des Coronavirus**

Der Staatschef der VR China, Xi Jinping, hat die von den chinesischen Behörden eingeleiteten Maßnahmen zur Vorbeugung gegen das neuartige Coronavirus 2019-nCoV und zur Kontrolle über dessen Ausbreitung positiv bewertet.

„Die chinesische Regierung und das chinesische Volk tun zurzeit alles nur Mögliche, um der Ausbreitung von Pneumonie entgegenzuwirken, die durch das neuartige Coronavirus ausgelöst wurde. Verantwortungsbewusst gegenüber ihrem Volk und der Völkergemeinschaft haben die Kommunistische Partei Chinas und unsere Regierung sehr strenge und allseitige Vorbeugungs- und Kontrollmaßnahmen ergriffen“, sagte Xi Jinping am Mittwoch bei einem Treffen mit dem kambodschanischen Premier Hun Sen.

Diese Maßnahmen „bringen schon positive Ergebnisse“, fügte Xi hinzu.

„China ist voller Zuversicht und hat Möglichkeiten dafür, einen Sieg im Kampf gegen die Ausbreitung dieser Krankheit davonzutragen. Wir festigen die Zusammenarbeit mit anderen Ländern weiter, indem wir an den Prinzipien der Offenheit und Transparenz festhalten, effektive gemeinsame Bemühungen im Kampf gegen den Krankheitsausbruch unternehmen und die globale und regionale Sicherheit auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens gewährleisten“, sagte der chinesische Staatschef.

Die chinesischen Behörden haben am 31. Dezember 2019 die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über den Ausbruch von einer unbekanntem Pneumonie in der Stadt Wuhan informiert. Der Krankheitserreger – Coronavirus 2019-nCoV – wurde von Fachleuten ermittelt.

Im Festland-China sind bislang mehr als 24.300 Infizierte registriert worden. 490 davon starben. Einen weiteren Todesfall gab es in der Sonderverwaltungszone Hongkong. Außerhalb Chinas erkrankten mindestens 170 Menschen, einer davon tödlich.

Die WHO hat den Krankheitsausbruch als eine außerordentliche Situation von globaler Bedeutung eingestuft.

Mil-Inr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko**

Nach Angaben, die von Vertretern der LVR im GZKK erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden einmal das Territorium der Republik beschossen** und versucht, die Soldaten der Volksmiliz der LVR zur erwidern den Handlungen zu provozieren.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 93. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinskij **Golubowskoje** mit 120mm-Mörsern beschossen und acht Geschosse abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Die Materialien zum Beschuss von Ortschaften wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der LVR übergeben, um sie den Strafverfahren, die gegen den Brigadekommandeur der 93. Brigade Bryshinskij eingeleitet wurden, hinzuzufügen.

Die BFU nutzen weiter den Waffenstillstand zur Stationierung von Militärtechnik und zum Ausbau der Positionen in der Nähe von Ortschaften.

In einem Wohngebiet von Nowotoschkowskoje wurde die Stationierung von einem Schützenpanzerwagen der 93. Brigade festgestellt.

In Solotoje haben Kämpfer der 72. Brigade zwei Schützenpanzerwagen stationiert.

Am Rand von Staniza Luganskaja hat unsere Aufklärung die Stationierung von zwei Schützenpanzerwagen und einem Schützenpanzer der 46. Brigade festgestellt.

Im Gebiet von Nowotoschkowskoje rüstet eine technische Einheit der 93. Brigade weiter neue Positionen aus. In der Nähe von Orechowo haben Untergebene von Bryshinskij mehr als 100

Antipanzermijnen installiert und gefährden so friedliche Einwohner und OSZE-Beobachter, die in diesem Gebiet patrouillieren.

Obwohl OSZE-Beobachter dieses Verbrechen ukrainischer Soldaten auf von ihnen kontrolliertem Gebiet festgehalten haben, führt das Kommando der OOS weiter die Öffentlichkeit in die Irre und erklärt, dass sie angeblich Minenräumarbeiten durchführen. Ein Beweis für den Betrug sind auch die häufigen Fälle nicht kampfbedingter Verluste ukrainischer Soldaten in der Folge des Geratens auf eigene Minen.

Um die nicht kampfbedingten Verluste und die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung des Donbass zu rechtfertigen, zieht das Kommando der OOS weiter aktiv kontrollierte Massenmedien zur Erstellung inszenierter Materialien heran.

Im Verantwortungsbereich der 93. Brigade im Gebiet von Nowotoschkowskoje sind Gruppen von Journalisten der Fernsehsender „5. Kanal“ und „Ukraina“ in Begleitung von Offizieren des 72. Zentrums für informationspsychologische Operationen eingetroffen. Hauptaufgabe der ukrainischen Propagandisten ist die Erstellung von Materialien, um die Führung der Republik der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen. Im Zusammenhang damit schließen wir Provokationen von Seiten der ukrainischen Kämpfer in der nächsten Zeit nicht aus.

abends:

de.sputniknews.com: **Dialog und positive Zusammenarbeit: Russlands Botschafter spricht über deutsch-russisches Verhältnis**

Von Lisa Meyer

Der russische Botschafter in Berlin, Sergei Netschajew, gab am Dienstag ein Interview mit der Nachrichtenagentur „Ruptly“. Gesprochen hat er vor allen Dingen über die deutsch-russischen Beziehungen und die gemeinsame Zusammenarbeit und Kooperation. Vor allem ist er auf den Konflikt in Libyen und Nord Stream 2 eingegangen.

Am Dienstag gab der russische Botschafter in Deutschland, Sergei Netschajew, der internationalen Nachrichtenagentur „Ruptly“ ein Interview. Darin berichtet der Botschafter in seinem Amtssitz Unter den Linden in Berlin wie er die deutsch-russischen Beziehungen einschätzt.

Näher geht Netschajew auf die Libyen-Krise ein. Ein Problem, das, wie er sagt, in „enger Zusammenarbeit“ von Russland und Deutschland behandelt wird. Er erwähnt verschiedenste Konferenzen und die Bemühungen, mit Berlin zusammen nach einer Problemlösung zu suchen. Das jüngste Beispiel dafür war die Libyen-Konferenz in Berlin am 19. Januar. Neben den generellen Beziehungen zwischen Berlin und Moskau, kommt Netschajew auch auf „Nord Stream 2“ zu sprechen. Demnach sei das Projekt vor allem für Europa und auch für Deutschland sehr lohnenswert. Er schätze die Position der deutschen Regierung, die sich, trotz des ausländischen Drucks, immer noch für „Nord Stream 2“ ausspricht.

<video id="video_326426685_html5_api" data-import-id="20861316" data-media-id="326426685" data-articleid="326426720" data-title="Dialog und positive Zusammenarbeit: Russlands Botschafter spricht über deutsch-russisches Verhältnis" data-url="https://de.sputniknews.com/videos/20200205326426720-netschajew-interview-video/" playsinline="true" poster="https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32642/67/326426713.jpg" preload="none" class="vjs-tech" tabindex="-1" src="https://video.img.ria.ru/Out/Flv/20200205/2020_02_05_AINetschajevV01_5pgwkioy.k3f.mp4"><p class="vjs-no-js">To view this video please enable JavaScript, and consider upgrading to a web browser that supports HTML5 video</p></video>
<https://video.img.ria.ru/Out/Flv/>

dan-news.info: In Debalzewo ist geplant, im Frühjahr dieses Jahres zwei Filialen von Hochschulen der DVR zu eröffnen.

„Zurzeit läuft die Erstellung der entsprechenden Dokumente zur Eröffnung von Filialen der Donezker Tugan-Baranowskij-Nationaluniversität für Wirtschaft und Handel und der Gorlowker Instituts für Fremdsprachen mit Fernunterricht. Wir haben bereits Räumlichkeit, wo der Unterricht stattfinden kann, die Frage des Besuchs und der Unterbringung von Lehrpersonal wird geklärt“, teilte die Stadtverwaltung mit.

Es sollen acht Fachrichtungen zu Verfügung stehen: Buchhaltung und Audit, Betriebswirtschaft, Produktionstechnologie und Organisation von Restaurantbetrieben, Warenwirtschaft, praktische Psychologie, pädagogische Bildung (Geschichte), ausländische Philologie (englisch und Weltliteratur) und einheimische Philologie (russische Sprache und Literatur).

„Der Bedarf zur Ausbildung von Spezialisten ist dadurch entstanden, dass unsere Stadt stark vom Konflikt betroffen war, was zur Abwanderung von Kadern geführt hat. Jetzt brauchen wir Mitarbeiter in Kindergärten und Schulen sowie Spezialisten in Unternehmen und Einrichtungen der Stadt“, teilte die Stadtverwaltung mit.

Im ersten Jahrgang sollen 200 Studenten aufgenommen werden.

Debalzewo befindet sich im Norden des von der Regierung der DVR kontrollierten Teils der Republik. Die Stadt wurde am 18. Februar 2015 von der ukrainischen Besatzung befreit.

Während des Abzugs sprengten die ukrainischen Streitkräfte eine Reihe von Infrastruktureinrichtungen, insbesondere den Eisenbahnknotenpunkt, den größten in der Region. Nach Angaben der örtlichen Behörden wurden in den Kämpfen 80 Prozent der Infrastruktur zerstört.

de.sputniknews.com: Rumäniens pro-EU Regierung stürzt nach nur drei Monaten an der Macht

Drei Monate nach ihrem Amtsantritt ist die bürgerliche Regierung von Ministerpräsident Ludovic Orban am Mittwoch vom Parlament abgewählt worden. Der Staatspräsident Klaus Iohannis gab vor der Presse die nächsten Schritte bekannt.

Für den Misstrauensantrag der Sozialdemokratischen Partei (PSD) stimmten 261 Abgeordnete und Senatoren. Für die Annahme der Maßnahme waren mindestens 233 Ja-Stimmen notwendig. Die Opposition hatte mit ihrem Misstrauensantrag auf eine Vertrauensfrage Orbans reagiert.

Iohannis teilte laut der Agentur Agerpres mit, er wolle am Donnerstag Gespräche mit allen Parteien führen. Danach werde er aller Wahrscheinlichkeit nach denjenigen nennen, der die neue Regierung bilden werde.

Der Rückzug der Regierung könnte zu Neuwahlen führen – allerdings nur, wenn zwei weitere Personalvorschläge für einen anderen Regierungschef im Parlament scheitern sollten. Der rumänische Präsident bezeichnete vorgezogene Wahlen als die beste Option.

„Ich war und ich bin Anhänger vorgezogener Wahlen. Ich will, dass wir der Logik folgen, die uns zu den vorgezogenen Wahlen führen wird.“

Die semipräsidentielle Republik ist seit 2007 Teil der Europäischen Union. Nach einem Sturz der PSD-Regierung per Misstrauensvotum wurde Ludovic Orban Anfang November 2019 der Regierungschef.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32597/11/325971127.jpg>